

ist vielmehr, daß an verschiedenen Oberschulen eine mehr oder minder große Zahl der Lehrer heute selbst noch nicht von der Richtigkeit der sozialistischen Entwicklung überzeugt und darum nicht bereit ist, mit äußerstem Einsatz um die sozialistischen Ziele zu ringen. Die Übergangsperiode von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ist manchem Oberschullehrer ihrem Wesen nach unverständlich. Wachstumsschwierigkeiten bei uns und in den Volksdemokratien erwecken bei ihnen Unsicherheit. Wendungen in der weltpolitischen Lage führen zu Schwankungen. Doch wie können Lehrer, die einerseits einer klaren partei-lichen Stellungnahme ausweichen und häufig auch die Grundwerke des Marxismus-Leninismus gar nicht oder nur oberflächlich kennen, andererseits die ihnen anvertrauten Schüler sozialistisch erziehen? Die fachliche Qualifikation des Lehrers allein genügt dazu nicht.

Solche Gegebenheiten der gesellschaftlichen Entwicklung muß man in Rechnung stellen, man kann ihnen nicht ausweichen. Darum ist es weder sensationell noch unnormal, wenn es an unseren Oberschulen gewisse bürgerliche Ansichten gibt. Unnormal wird dieser Zustand allerdings dann, wenn die Parteiorganisationen keinen entschiedenen Kampf gegen die bürgerliche Ideologie und gegen die gefährlichsten Spielarten, wie den Objektivismus, Kosmopolitismus usw., führen. Besonders wachsam gilt es gegenüber dem Revisionismus sowohl auf politischem als auch auf pädagogischem Gebiet zu sein.

An einigen Oberschulen wurde in der Vergangenheit dieser Seite der Parteiarbeit nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Augenblicklich erhält z. B. eine Anzahl von Parteiorganisationen eine klare Antwort auf die Frage, wie an ihrer Schule das 30. Plenum des ZK ausgewertet wurde. Wie bekannt, sahen sich unsere leitenden staatlichen Organe veranlaßt, die Reisen in NATO-Staaten (darunter auch in die Bundesrepublik) einzuschränken. Diese Maßnahmen werden äußerst lebhaft an den Oberschulen diskutiert. Und die Diskussionen beleuchten schlagartig den Wert der ideologisch-politischen Arbeit, die bisher von den Parteiorganisationen geleistet wurde. Wie schwer wurde es einer Anzahl Oberschullehrer, auch Genossen, die persönlichen Interessen den gesellschaftlichen Interessen unterzuordnen, und wie gering scheint bei manchen von ihnen noch das Staatsbewußtsein ausgeprägt zu sein. Aber sind dies nicht allgemeine Forderungen, die wir im Rahmen der sozialistischen Erziehung bereits an unsere Jugend stellen? Auch in den obengenannten Fragen gilt der pädagogische Grundsatz, daß das Beispiel des Lehrers den stärksten Widerhall bei seinen Schülern findet. Die Befähigung und Würde, Erzieher im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat zu sein, zeigt sich nicht zuletzt in dessen Verständnis für die notwendigen Maßnahmen unseres Staates. Ohne Zweifel ist die Behauptung berechtigt, daß an manchen Schulen die Diskussionen über das Reiseverbot nach NATO-Staaten schneller zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hätten, wenn die Probleme des 30. Plenums gründlicher behandelt worden wären. Auf dem Plenum wurde der Charakter des Bonner Staates vom Klassenstandpunkt aus dargelegt, und es wurde gezeigt, daß die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Westdeutschland geändert werden müssen, wenn der Weg zu einer friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung freigelegt werden soll. Es wurde aber auch gesagt, daß jeder Patriot jetzt alles tun muß, um unsere Republik zu stärken und gegen die Anschläge der Militaristen und ihrer Agenten zu sichern. Offenbar wurden solche Grundsatzfragen nicht an allen Oberschulen in lebendiger Weise behandelt.

Die Fülle der einzelnen Aufgaben führte in unseren Parteiorganisationen vielfach zu einer umfangreichen organisatorischen Geschäftigkeit. Darunter litt